

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 29.08.2018

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr - 17:00 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	52	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	privat
Herr Dr. med. Roland Katzer	Fraktion AfD	dienstlich
Herr Falk Müller	Fraktion AfD	dienstlich
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	dienstlich

Vorzeitiges Verlassen

Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	16:05 Uhr; TOP 9.1
----------------------	---------------------------	--------------------

Zeitweilige Abwesenheit

Herr Alexander Dierks	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	15:42 Uhr - 15:05 Uhr
Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15:45 - 16.05 Uhr; Aktionstag der Liga

beratend Teilnehmende

Frau Pia Hamann	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Sven Schulze	Bürgermeister Dezernat 1
Herr Andreas Stoppe	Ortsvorsteher Klaffenbach
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech-Döring	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Frau Claudia Roschig	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Katja Uhlemann	Amtsleiterin Amt 15

Fraktionsangestellte

Herr Robert Andres	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Lutz Bartel	Fraktion AFD
Herr Andreas Felber	Fraktion VOSI/PIRATEN
Herr Eduard Jenke	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Herr René Mann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Susann Mäder	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Anja Schale	Fraktion DIE LINKE

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Anwesenden gedenken in einer Schweigeminute des Opfers des Gewaltverbrechens vom 26.08.2018.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Die Petitionsvorlage P-007/2018 „Schaffung eines Trauerbeauftragten für Chemnitzer Bürger“ (TOP 6.3) wird von der Tagesordnung abgesetzt, da der Petent seine Petition zurückgezogen hat.

Die Beschlussvorlagen

- B-218/2018 „Wahl der/des Beigeordneten für das Dezernat 5 - Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Sport –“, (TOP 7.2) und
- B-231/2018 „Stellvertretungsregelung der Oberbürgermeisterin“ (TOP 7.3)

werden aufgrund beamtenrechtlicher Formalien auf die Stadtratssitzung am 26.09.2018 vertagt.

Der Beschlussantrag BA-036/2018 (TOP 9.7) „Handknochenmessung umA“ wird vom Einreicher zurückgezogen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) beantragt nach Rücksprache mit weiteren Fraktionen die Petitionsvorlage P-003/2018 (TOP 6.1) von der Tagesordnung abzusetzen und zu vertagen. Da noch im September dieses Jahres eine Evaluierung des neuen Nahverkehrsnetzes erwartet wird sollte auch diese Linie im Gesamtkonzept mit beraten werden.

Abstimmung über den Antrag auf Absetzen der Petitionsvorlage

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (48 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

Die Tagesordnung ist mit diesen Änderungen festgestellt.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 20.06.2018

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt

4 Informationen der Oberbürgermeisterin

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig spricht der Familie des Opfers vom 26.08.2018 ihre Anteilnahme aus. Sie führt aus, dass das Ergreifen der beiden mutmaßlichen Täter zeige, dass unser Rechtsstaat funktioniere und handlungsfähig sei. Sie betont, dass ein Verbrechen nie zu Selbstjustiz führen dürfe. In Deutschland gibt es einen kulturell entwickelten funktionierenden Rechtsstaat, der Freiheiten schaffe aber auch Grenzen setze. Ein Überschreiten dieser Grenzen oder der Versuch, diese zu verschieben, dürfe von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden. Dabei rechtfertige nichts die politische Instrumentalisierung der Trauer, Hass und Hetze gegenüber anderen. Unsere Demokratie setze auf Mitmenschlichkeit. Sie macht klar, dass jeder seine Trauer zum Ausdruck bringen dürfe, aber das, was Chemnitz am Sonntagnachmittag und am Montag erleben musste, habe nichts mit Trauer und Mitmenschlichkeit zu tun. Ihr Respekt gelte allen, die anteilnehmend trauern und man dürfe auch Verstörung darüber öffentlich machen, warum einige Flüchtlinge, die hier Schutz suchen unsere Regeln missachten oder kriminell werden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert ferner zur ersten kommunalen Bürgerumfrage. Von 6.000 angeschriebenen Chemnitzerinnen und Chemnitzern haben sich 2.662 an der Umfrage beteiligt. Damit liegt ein repräsentatives Ergebnis vor und konnten wichtige Erkenntnisse gewonnen werden, wengleich vor allem die Befragten über 50 Jahre an der Umfrage teilgenommen haben. Nichtsdestotrotz haben wir wichtige Erkenntnisse daraus gewonnen. Die Umfrage werde jährlich durchgeführt, um damit auch immer ein aktuelles Stimmungsbild zu erhalten und daraus ggf. Maßnahmen abzuleiten.

Sie informiert über die Inbetriebnahme zweier neuer Kindertageseinrichtungen in Glösa und in der Rembrandtstraße. Mit den bereits umgesetzten Maßnahmen und weiteren Projekten werden somit bis zum Jahr 2020 mehr als 1.000 zusätzliche Betreuungsplätze durch städtische Einrichtungen und vor allem durch Freie Träger entstehen.

Abschließend kündigt sie an, dass am 22. Oktober dieses Jahres die Grundschule Borna nach langer Sanierung wieder eröffnet wird. Mit Investitionen von 9,3 Mio. € sei dies die bisher größte Schulsanierung in Chemnitz.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) äußert das tiefe Mitgefühl für die Hinterbliebenen von Daniel H. Er betont, dass Lynchjustiz und Gewaltausbrüche in unserem Rechtsstaat nicht geduldet werden dürfen. Er spricht den ermittelnden und im Einsatz befindlichen Beamten den Dank seiner Fraktion aus. Erschreckend sei, wie sich im Internet eine Stimmung entwickelt habe, aus der sich eine Bereitschaft zur Selbstjustiz entwickeln könne. Für den Austausch von Fakten sei dort keinerlei Gesprächsbereitschaft vorhanden.

Es sei die Aufgabe der Stadtgesellschaft die Vorgänge von Sonntag und Montag zivil und mit Anstand zu führen. Das Geschehene dürfe nicht sprachlos machen. Er sagt, dass am Sonntag und Montag ein randalierender rechter Mopp durch die Stadt zog und meint, wer sich am Montag dort erneut einreihete, mache sich mit denen gemein, die Jagd auf ausländische und andersdenkende Menschen machten. Fakt sei aber auch, dass die Mehrheit der Chemnitzer am Montag nicht mit Menschen verachtenden Parolen durch die Straßen zog. Der Freistaat Sachsen muss und werde sich sein Gewaltmonopol zurückholen. Die Demokratie müsse durch die Bürger der Stadt offen, sichtbar und mit Zivilcourage verteidigt werden.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass das Problem sehr vielschichtig sei und auch für seine Fraktionsgemeinschaft Trauer anders aussehe als es am Montag erlebt werden musste. Seine Fraktion war bis vor einer Woche wie viele erfreut, wie positiv das Empfinden der Chemnitzer über ihre Stadt ist. Er äußert, dass das Geschehen auf der Straße ernst genommen werden müsse. Der Rechtsstaat müsse sichtbar sein und an dieser Stelle bedanke er sich bei den Polizisten, die im Ergebnis die Lage im Griff hatten. Er bezeichnet die Berichterstattung in den lokalen Medien, insbesondere auch der Freien Presse, als sehr besonnen, klug und ausgewogen, was in der gegenwärtigen Situation helfe. Es gelte gemeinsam die Mamutaufgabe anzugehen, zu einem lebenswerten Chemnitz zurückzukehren.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) spricht den Hinterbliebenen des zu Tode gekommenen Daniel H. das volle Mitgefühl ihrer Fraktion aus. Ihre Fraktion hoffe auf eine schnelle Aufklärung und konsequente Verurteilung. Die danach stattgefundenen Ereignisse gipfelten vorerst in der Demonstration von Pro Chemnitz am Montagabend und erregen nicht nur deutschlandweit Aufmerksamkeit. Forderungen nach Lynchjustiz und Rache wallten durch die Chemnitzer Innenstadt. Die rechte Szene schlage aus Gerüchten und Ängsten politisches Kapital. Und das wenige Tage, bevor sich der Beginn des Zweiten Weltkrieges zum 79. Mal jährt. Sie mache dieser offene Faschismus wütend und traurig zugleich. Zu Herrn Stadtrat Kohlmann sagt sie, dass Stil und Rhetorik seines Auftritts Herr Kohlmann, seine Äußerungen und den geduldeten Beiträgen in den sozialen Medien dokumentieren, dass es ihm nicht um Trauer und Anteilnahme gehe, sondern bestätigen den Eindruck, dass er für Demagogie und Menschenhass stehe.

Nach all dem Vorgefallenen erschließe sich das unzureichende Krisenmanagement der Polizei nicht, was im Landtag geklärt werden müsse. Weiter sei es zutiefst bestürzend, dass sich jetzt Menschen in Verantwortung hinstellen und rechts-links-Debatten führen, um sich selbst als fehlerfrei darzustellen. Es gehe nicht darum, dass Linke und Rechte für Chaos sorgen, sondern darum, dass auf der einen Seite ein gewaltbereiter Mob Jagd auf alles Fremde und Nichtdeutsche macht. Und auf der anderen Menschen den Mut finden sich dagegen zu stellen. Sie ruft auf, Chemnitz nicht gewaltbereiten Neonazis und Hooligans und nicht den Rechtspopulisten und Menschenfeinden zu überlassen.

Herr Stadtrat Sängler (Fraktion AfD) spricht den Angehörigen des getöteten der Messerattacke sein Beileid aus. Es sei verständlich, dass so eine Tat viele Menschen bewegt und es sei beeindruckend, wie viele Bürger sich mit den Opfern solidarisieren und ihr Entsetzen über die Tat zum Ausdruck bringen. Er sagt, dass er von der Oberbürgermeisterin ebenfalls eine Solidaritätsbekundung vor Ort sowie den Abbruch des Stadtfestes vor Beginn des dritten Tages erwartet hätte. Geschockt habe ihn weniger die Spontandemo am Sonntag, sondern vielmehr das Interview der Oberbürgermeisterin, in welchem sie alle Teilnehmer als Störer und Chaoten pauschalisiert habe. Er sagt, dass selbstverständlich das Gewaltmonopol

beim Staat liege, aber letztlich habe die Bundespolitik der offenen Grenzen und unkontrollierten Masseneinwanderung den Weg des Rechtsstaates selbst verlassen, während Polizei und Justiz längst an ihre Grenzen gestoßen seien. Es hätte sich gehört, die Ängste der Bürger ernst zu nehmen. Er erklärt, dass das Krisenmanagement der Oberbürgermeisterin eine Katastrophe sei.

Er kritisiert ferner, wie man die Technische Universität als einen der größten Arbeitgeber und Innovationsmotoren der Stadt so derart vor den Kopf stoßen und reservierte Potentialflächen anderweitig vergeben könne. Er möchte wissen, warum der Geschäftsführer der CWE im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss seine Position erklären durfte, während dem Rektor der TU dies nicht gestattet war. Er bittet die Oberbürgermeisterin personelle Konsequenzen zu ziehen.

Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) spricht der Familie des Getöteten Daniel H. und den Verletzten das Mitgefühl seiner Fraktion aus. Es werde eine rasche und sorgfältige Aufklärung der Tat erwartet. Um dem Bedürfnis der Trauer Raum zu geben, folgten viele Menschen den Aufrufen unterschiedlicher Initiativen. Zudem nutzten viele Bürger diese Veranstaltungen, um ihre generelle Unzufriedenheit gemeinschaftlich zum Ausdruck zu bringen. Er sagt, dass jeder genau hinschauen sollte, wo er sich einreihet. Vielleicht mag es nicht gleich offensichtlich sein, aber man könne hören und sehen, worum es in den Demonstrationen gehe. Es habe jeder die Freiheit dies für sich selbst zu entscheiden. Durch das Grundgesetz werde aber nicht zugesichert, unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit Rassismus und Hetze zu betreiben. Wer also an Demonstrationen teilnimmt, wo Fremdenfeindlichkeit geschürt werde, brauche sich nicht wundern, wenn er in die braune Schublade gesteckt werde. Seine Fraktion denke, dass in der Bürgerumfrage die Fragestellungen zu einseitig ausgerichtet waren, da es ansonsten nicht möglich wäre, dass so viele Leute ihre Unzufriedenheit am Rande der Aufmärsche präsentieren. Das Sicherheitsgefühl ließe sich eben doch nicht durch Videokameras herstellen. Die jetzige Situation in Chemnitz müsse als unberechenbar eingeschätzt werden. Die Sicherheitsverantwortlichen müssen sich sehr wohl fragen, wie die Sicherheit in Zukunft gewährleistet werden solle. Er denkt, dass es als dramatisch bezeichnet werden müsse, wie sich die Mitbürger mit Migrationshintergrund derzeit fühlen. Er sagt abschließend, dass seine Fraktion jegliche Hetzjagd und Gewalt aller Couleur verurteilt.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) führt aus, dass sich entsprechend der Bürgerumfrage dreiviertel der Chemnitzer nachts in der Stadt unsicher fühlen und seit vergangenem Sonntag auch der letzte begriffen habe, warum das so sei. Es gab einen Mord, den es so noch nicht in Sachsen gab, wobei es immer die gleiche Tätergruppe war. Einen riesen Skandal sehe er in der Reaktion sowohl in der Bundesregierung aber vor allem auch bei der Oberbürgermeisterin. Er sagt, dass bei so einem Mord nicht Trauer allein, sondern Wut und der Ruf nach Konsequenzen verständlich und richtig sei. Er sagt, dass die Demonstration die größte in Chemnitz nach der Wende war und fragt, wie die Oberbürgermeisterin behaupten könne, dass es sich dabei ausschließlich um Neonazis gehandelt habe. Er erklärt, dass Daniel H. auch Opfer der Politik der Oberbürgermeisterin war, da auch sie die Menschen uneingeschränkt ohne Bedingungen willkommen heißen habe. Er sagt, wenn der Staat sein Gewaltmonopol nicht nutze, müsse der Bürger zum Selbstschutz greifen. Er fordert Frau Oberbürgermeisterin Ludwig zum Rücktritt auf.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass es eine bodenlose Unverschämtheit sei, Politiker für diesen tragischen Tod verantwortlich zu machen. In diesem Zusammenhang sagt sie zu Herrn Kohlmann, dass dieser nunmehr den Schafspelz abgelegt habe und offen als Wolf auftrete. Sie bezieht sich auf seine Rede zur Demonstration mit welcher er offene und unverhohlene Drohungen aussprach und zu Hass und Gewalt aufrief. Das dürfe nicht geduldet werden. Sie meint, dass es ihm nicht um das Opfer, sondern um die Herkunft der Täter gehe. Und so nehme er und auch Herr Sänger in seiner heutigen Rede alle Geflüchteten in Sippenhaft für jede Gewalttat die passiert. Dies sei nicht rechtstaatlich. Die Mittel des Rechtsstaats seien Ahndung und Strafe und nicht Rache und Selbstjustiz. Es sei eine Schande, wie sich Herr Kohlmann und seinen Berufsstand außerhalb des Gesetzes stelle. Sie sagt, dass es Zeit der Trauer gibt und dazu auch Stille gehöre und es in der Demo am Montag durchaus Menschen gegeben habe, die dies wollten. Es gebe aber auch die Zeit des Widerstands gegen die die Trauer für ihre Zwecke missbrauchen. Sie schließt mit der Erklärung, dass der Stadtrat keine Stadt wolle in der Hetze, sondern Herz dominiert.

6 Petitionsvorlagen

- 6.1 Rückkehr zum 30-Minuten-Takt/Fahrzeiten entsprechend des Fahrplanes „der alten Linie 83“
Vorlage: P-003/2018 Einreicher: Frau Ute Schmidt aus Chemnitz
-

Die Petitionsvorlage wurde unter TOP 2 vertagt.

- 6.2 Städtebauliche Änderungen bzw. Investitionen
Vorlage: P-006/2018 Einreicher: Frau Romy Kant
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss P-006/2018

Der Stadtrat beschließt unter Achtung der Menschenrechte folgende städtebaulichen Änderungen bzw. Investitionen zum Wohle der Anwohner:

1. Grünflächenanlagen statt Neubauten in der Innenstadt (Umwandlung des Parkplatzes gegenüber Stromanbieter in öffentliche Poolanlage mit Wasserbecken, Grünflächen, Blumengärten),
2. Grünflächenanlagen entlang der Bahnhofsgleise; Neugestaltung mit Bänken bzw. Loungebereich ähnlich zum Uferstrand mit Öffnung des Küchenstudios an der Dresdner Straße als öffentlicher Kochbereich,
3. Lärmreduzierung durch Abbau und Reduzierung der Autohäuser (max. drei Autohäuser pro Stadt sollen reichen) stattdessen große Gärten für Anwohner (Heinrich-Lorenz-Straße, Elsheimer Str.),
4. Erlebnispark NATUR hinter der Sachsenallee, so dass Eltern mit Kindern nach dem Einkäufen dort noch einen ruhigen angenehmen Aufenthalt in der Natur planen können mit Beschäftigung für die Kinder, (Anbau von Blumenbeeten, Bänke bauen, Baumhäuser, qualitativ sicher gegen Verletzungsgefahren, Loungebereich für Eltern, ganztägig geöffnet),

5. Abriss von alten noch nicht sanierten Wohnungen auf dem Sonnenberg. Die Gebäude könnten auf Erdgeschoss Ebene abgebaut werden, dadurch besserer Lichteinfall auf die Straßen, erdebene Flächen könnten als öffentliche Toiletten, Aufenthaltsräume, Lebensoasen genutzt werden, die nicht dem Rotlichtmilieu ähneln sondern seriöse ordentliche Aufenthaltsmöglichkeiten bieten,
6. Lenkung von Investitionen von Bauherren, dass diese Grünflächenplanung statt Neubauten starten.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(12 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

- 6.3 Schaffung eines Trauerbeauftragten für Chemnitzer Bürger
Vorlage: P-007/2018 Einreicher: L. Gläser aus Chemnitz
-

Die Petition wurde zurückgezogen.

7 Beschlussvorlagen

- 7.1 Ausscheiden der Stadträtin Frau Katrin Pritscha aus dem Stadtrat der Stadt Chemnitz aus wichtigem Grund und Nachrücken einer Ersatzperson
Vorlage: B-233/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Zunächst erfolgt die Abstimmung über das Ausscheiden von Frau Pritscha aus dem Stadtrat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen)**

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig verpflichtet Herrn Kirmse auf der Grundlage des § 35 Abs. 1 SächsGemO auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Beschluss B-233/2018

Der Stadtrat stimmt dem Ausscheiden von Frau Katrin Pritscha aus dem Stadtrat der Stadt Chemnitz aus wichtigem Grund entsprechend § 18 Abs. 1 i. V. m. § 18 Abs. 2 SächsGemO zu.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen)**

- 7.2 Wahl der/des Beigeordneten für das Dezernat 5 - Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Sport -
Vorlage: B-218/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 7.3 Stellvertretungsregelung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: B-231/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 7.4 Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Schul- und Sportausschuss der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-157/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt und es keinen Widerspruch gibt, erfolgt offene Wahl entsprechend § 39 Abs. 7 SächsGemO.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(47 Ja-Stimmen)**

Beschluss B-157/2018

Der Stadtrat beruft Herrn Oliver Sachsze gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz widerruflich als sachkundigen Einwohner in den Schul- und Sportausschuss der Stadt Chemnitz.

- 7.5 Beteiligung der Stadt Chemnitz am Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen im Sportbereich
Vorlage: B-250/2018 Einreicher: Dezernat 1/Dezernat 6
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-250/2018

Der Stadtrat beschließt

1. für die in Anlage 3 dargestellten Maßnahmen Projektvorschläge einzureichen und bei Auswahl die entsprechenden Förderanträge zu stellen,
2. die Maßnahmen bei Erhalt der Zuwendungen umzusetzen,
3. den kommunalen Eigenanteil von 55 v. H. der Gesamtkosten im Haushalt 2019/2020 einzustellen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

- 7.6 Umsetzung von Kapitel 2 des Sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes (SächsInvStärkG) - Maßnahmen des Budgets "Schulhausbau"
Vorlage: B-206/2018 Einreicher: Dezernat 1/Dezernat 6
-

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zeigt seine Befangenheit gemäß § 20 SächsGemO an und verlässt den Sitzungsbereich.

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-206/2018

Der Stadtrat beschließt zur Umsetzung von Kapitel 2 - Verbesserung der Schulinfrastruktur – des SächsInvStärkG:

1. die Maßnahmen des Budgets „Schulhausbau“ gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage,
2. die vorrangige Einarbeitung der städtischen Maßnahmen in den Zweijahreshaushalt 2019/2020, zur Deckung werden im Jahr 2019 die avisierte Entnahme aus dem Vorsorgevermögen FAG sowie ab 2020 die erhöhten investiven Schlüsselzuweisungen herangezogen,
3. die Maßnahmen gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage gelten als gegenseitig deckungsfähig.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

- 7.7 Umgliederung von Flurstücken aus der Stadt Chemnitz (Gemarkung Klaffenbach) die Gemeinde Burkhardtsdorf
Vorlage: B-170/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-170/2018

Der Stadtrat beschließt die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Umgliederung von Flurstücken aus der Stadt Chemnitz (Gemarkung Klaffenbach) in die Gemeinde Burkhardtsdorf entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen)**

- 7.8 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Einsatzkoordinierungsstelle im
Vorlage: B-211/2018 Einreicher: Dezernat 3
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-211/2018

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Einsatzkoordinierungsstelle im Ordnungsamt entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen)**

- 7.9 Außerplanmäßige Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen für die Hochbaumaßnahmen an der Grundschule Harthau, der Grundschule Reichenhain, der Heinrich-Heine-Grundschule, der Kita/Hort A.-Köhler-Straße 93 und am Feuerwehr-technischen Zentrum
Vorlage: B-200/2018 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
-

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zeigt seine Befangenheit gemäß § 20 SächsGemO an und verlässt den Sitzungsbereich.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-200/2018

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen für die Hochbaumaßnahmen an der Grundschule Harthau, der Grundschule Reichenhain, der Heinrich-Heine-Grundschule, der Kita/Hort A.-Köhler-Straße 93 und am Feuerwehrtechnischen Zentrum Chemnitz im HH-Jahr 2018 mit Fälligkeit in 2019 gemäß Anlag 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen)**

- 7.10 Überplanmäßige Mittelbereitstellung 2018 für die Erweiterung der Kleinen Kunstturnhalle im Sportforum Chemnitz, die Baumaßnahme Turnhalle Klaffenbach sowie die Zufahrt zu den Turnhallen Markersdorfer Straße
Vorlage: B-228/2018 Einreicher: Dezernat 1/Amt 52
-

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zeigt seine Befangenheit gemäß § 20 SächsGemO an und verlässt den Sitzungsbereich.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-228/2018

Der Stadtrat beschließt

die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2018 in der Produktuntergruppe 42410 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

- 7.11 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für Erhaltungsmaßnahmen an Gemeindestraßen, den barrierefreien Ausbau von Haltestellen und den Schloßteichpavillon
Vorlage: B-178/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66/Amt 67
-

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zeigt seine Befangenheit gemäß § 20 SächsGemO an und verlässt den Sitzungsbereich.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-178/2018

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung für Erhaltungsmaßnahmen unter 200 T€ (öffentliche Verkehrsflächen), den barrierefreien Ausbau von Haltestellen im Rahmen des Sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes und den Eigenanteil für die Maßnahme „Herstellung eines Medienanschlusses für den Schlossteichpavillon“ entsprechend Anlag 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

- 7.12 Überplanmäßige Mittelbereitstellung zum finanziellen Ausgleich der Kapazitätserweiterung im Schulbereich im Haushaltsjahr 2018
Vorlage: B-207/2018 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
-

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zeigt seine Befangenheit gemäß § 20 SächsGemO an und verlässt den Sitzungsbereich.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-207/2018

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2018 in den Produktuntergruppen 21110, 21510 und 22180 entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

- 7.13 Überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2018 für investive Hochbaumaßnahmen
Vorlage: B-223/2018 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
-

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zeigt seine Befangenheit gemäß § 20 SächsGemO an und verlässt den Sitzungsbereich.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-223/2018

Der Stadtrat beschließt:

Die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2018 in den Produktuntergruppen 21110, 21510, 22160 und 36510 entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

- 7.14 Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 15/04 "Zwickauer Straße/Otto-Schmerbach-Straße"
Vorlage: B-189/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-189/2018

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 15/04 „Zwickauer Straße/Otto-Schmerbach-Straße“ entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)**

- 7.15 Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 15/01 "Zwickauer Straße - Bereich Kappel/Schönau"
Vorlage: B-190/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-190/2018

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 15/01 „Zwickauer Straße - Bereich Kappel/Schönau“ entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)**

- 7.16 Satzung über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 15/03 "Zwickauer Straße – Bereich Schönau/Neustadt"
Vorlage: B-192/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-192/2018

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 15/03 „Zwickauer Straße – Bereich Schönau/Neustadt“ entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)**

- 7.17 Städtebauliche Entwurfsstudie Reinhardtstraße
Vorlage: B-131/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-131/2018

Der Stadtrat beschließt:

1. Der städtebauliche Entwurf (Anlage 6) wird als Planungsvorstellung der Stadt Chemnitz für die Umgestaltung und Aufwertung der Reinhardtstraße bestätigt.
2. Das vorgelegte städtebauliche Konzept konkretisiert die Sanierungsziele für diesen Teilbereich im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet „Sonnenberg“.
3. Die zentralen Ergebnisse der Studie (Anlagen 4 - 7) sind nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB) bei der Aufstellung formeller Bauleitpläne zu berücksichtigen.
4. Die Gesamtmaßnahme „Sonnenberger Promenade“ wird als Bestandteil des Stadtumbaukonzeptes Fortschreibung 2018 für das Fördergebiet „Stadtumbau Ost Chemnitz“ bestätigt.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die beabsichtigte Entwicklung im Projektgebiet erforderlichen Maßnahmen gemäß Maßnahmenplan (Anlage 7) im Rahmen der künftigen Objekt-, Haushalts- und Finanzplanung sowie den Förderkonzeptionen zu berücksichtigen. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgt unter Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und in Abhängigkeit der erteilten oder in Aussicht stehenden Förderung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

8 Informationsvorlagen

- 8.1 Berichterstattung über Petitionen an die Verwaltung im Berichtszeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2017
Vorlage: I-018/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt15
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2 Auswertung des ersten Aktionsplanes der Stadt Chemnitz zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
Vorlage: I-037/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/
Gleichstellungsbeauftragte
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3 Information über die Querschnittsprüfung des Sächsischen Rechnungshofes zur öffentlichen Wasserversorgung im Direktionsbezirk Chemnitz für die Jahre 2010 bis 2015
Vorlage: I-044/2018 Einreicher: D1/Amt 20
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.4 Konzeption zur Überwachung des Öffentlichen Raumes im Innenstadtbereich der Stadt Chemnitz
Vorlage: I-043/2018 Einreicher: Dezernat3
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9 Beschlussanträge

- 9.1 Prioritätenliste vereinsbetriebene Sportstätten
Vorlage: BA-029/2018 Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) geht auf die Historie der Prioritätenliste ein und stellt fest, dass diese Liste immer noch 54 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 15 Mio. € beinhaltet. Mit dem vorliegenden Beschlussantrag soll das Verfahren, die Prioritätensetzung in Abstimmung zwischen Stadtverwaltung und Stadtsportbund zu gestalten, abgerundet werden. So sollte auch der Stadtrat in die Entscheidungsfindung der Prioritäten einbezogen werden. Er erklärt abschließend, dass die Einreichung der Beratungsvorlage, anders als mit dem Beschlussantrag gefordert, für Oktober/November 2018 ausreichend erscheint.

Beschluss BA-029/2018

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, bis zum spätestens November 2018 eine mit dem Stadtsportbund Chemnitz e. V. abgestimmte Prioritätenliste zur Sanierung vereinsbetriebener Sportstätten zu erstellen und diese in Form einer Beratungsvorlage dem Schul- und Sportausschuss vorzulegen.

Die Beratungsvorlage soll mindestens folgende Punkte enthalten:

- eine priorisierte Übersicht zu allen durch Vereine genutzte Sportstätten, bei denen Sanierungs- und/oder Investitionsbedarf besteht, inkl. Angaben zur Baumaßnahme, dem geplanten Umsetzungszeitraum, den Kosten, Zuwendungen und Eigenanteilen der Vereine sowie einer Begründung zur Priorisierung
- eine Übersicht über alle Entscheidungsmerkmale und deren Wichtung im Entscheidungsprozess
- einen Vorschlag zur Fortschreibung der Prioritätenliste in den kommenden Jahren

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

9.2 Berücksichtigung der sozialen Infrastruktur in Bebauungsplänen
Vorlage: BA-030/2018 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

Zum Beschlussantrag wurden eine Stellungnahme der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der Fraktion AfD ausgereicht.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erläutert anhand des Beispiels Bebauungsplan Ulmenstraße die Intention des Beschlussantrages. Dabei gehe es darum im Zusammenhang mit dem Verfahren zu prüfen, ob die Bedingungen an die soziale Infrastruktur mit berücksichtigt wurden, wie z. B. Schulwege, Nahversorgung, Nahverkehrsanbindung usw. Dies sei zwar gesetzliche vorgeschrieben, wird aber in den Beschlussvorlagen nicht dokumentiert und in Folge dessen auch nicht abgewägt. Dies sei dringender geworden, da vordringlich vorhabenbezogene Bebauungspläne und somit Pläne von Investoren beschlossen werden.

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) erklärt, dass seine Fraktion mit dem Änderungsantrag zum Beschlussantrag ihrer Forderung nach einer Spielplatzquote Ausdruck verleihen möchte. Diese Quote, welche durch die Sächsische Bauordnung sowieso vorgeschrieben ist, wird augenscheinlich beim Bau von Mehrfamilienhäusern und bei vereinfachten Baugenehmigungsverfahren von der Verwaltung nicht angewandt. Seine Fraktion fordere somit nichts anderes als die explizite Ergänzung der Aufzählungen.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt richtig, dass es sich nicht um Bauplanungsrecht handle. Diese Vorschrift sieht ganz klare Voraussetzungen vor, welche durch die Baudurchführungsbestimmung hinreichend bestimmt und klar definiert sind. Der Änderungsantrag sei somit nicht notwendig und er sei auch rechtlich falsch, was er erläutert. Mit dem Änderungsantrag werde letztendlich zur Prüfung eines Sachverhaltes aufgefordert, welcher nicht Prüfmaßstab sein dürfe.

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) erwidert, dass lediglich juristisch argumentiert wurde scheinbar keine Spielplätze berücksichtigt werden sollen.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stellt richtig, dass es sehr wohl um mehr Spielplätze in der Stadt geht und verweist hierzu auf die erweiterte Spielplatzkonzeption. Er betont, dass öffentliche Spielplätze benötigt werden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt klar, dass der Terminus „soziale Infrastruktur“ u. a. Spielplätze mit umfasst und der Änderungsantrag nicht notwendig ist.

Herr Stadtrat Zschocke (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, warum es keine Wartungsregeln gibt, um Spielplätze länger zu erhalten.

Herr Bürgermeister Stötzer weist darauf hin, dass die Diskussion im Zusammenhang mit der Spielplatzkonzeption weiter geführt werden sollte.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig ergänzt, dass es Regularien zur Überprüfung von Spielplätzen gibt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion AfD

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(2 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Beschluss BA-030/2018

Die Stadtverwaltung wird beauftragt im Rahmen von Bauleitplanungen (z. B. bei der Erarbeitung vorhabenbezogener Bebauungspläne) die Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur als eigenen Punkt zu berücksichtigen. Hierbei sollen unter anderem die Auswirkungen auf die Schulen, die Kitas, den ÖPNV, die Jugendtreffs, die Senioreneinrichtungen, die Stadteiltreffs usw. herausgearbeitet werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 9.3 Trinkwasserspender für Chemnitz
Vorlage: BA-031/2018 Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bringt den Beschlussantrag ein und sagt, dass ergänzend zu anderen Projekten geprüft werden soll, wie in wohnwertsteigender Art und Weise Trinkwasserspender ergänzt werden können.

Beschluss BA-031/2018

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für innerstädtische Trinkwasserspender zu erstellen.

Das Konzept soll insbesondere enthalten:

1. Machbarkeitsstudie für barrierefreie Trinkwasserspender im innerstädtischen Bereich
2. Benennung möglicher Standorte
3. benötigte Finanzmittel
4. rechtliche Bedingungen
5. Kontrolle der Wasserqualität
6. Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Eins Energie in Sachsen GmbH & Co. KG und dem Zweckverband Fernwasser Südsachsen bei Bau, Marketing und Sponsoring

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(31 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

- 9.4 Beitritt zum „Kommunalen Bündnis für biologische Vielfalt“
Vorlage: BA-032/2018 Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass der Erhalt der Artenvielfalt gesichert werden solle. Bereits 2010 wurde die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ unterschrieben und folgerichtig sei der Beitritt zum „Kommunalen Bündnis für biologische Vielfalt“. Dieses Bündnis diene dem Austausch und als Sprachrohr der Kommunen für die Interessenvertretung bis hin zur Europaebene.

Beschluss BA-032/2018

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit dem Beitritt zum „Kommunalen Bündnis für biologische Vielfalt“.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

- 9.5 „Kaffee zum Mitnehmen, nicht zum Wegwerfen“ - Mehrweg für Getränkebecher
Vorlage: BA-033/2018 Einreicher: SPD-Fraktion,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion DIE LINKE
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) bringt den Beschlussantrag ein und informiert, dass entsprechend Berechnungen der Verbraucherzentralen im vergangenen Jahr in Deutschland ca. 2,8 Mrd. Pappbecher samt Plastikdeckel verbraucht wurden, deren Produktion und Entsorgung eine immense Umweltbelastung mit sich bringen. Der vorliegende Beschlussantrag soll ein Angebot darstellen mit den relevanten Akteuren zu prüfen, ob ein Konzept für die Mehrwegbecher in Chemnitz eine umsetzbare Idee ist. Er benennt Städte als Beispiele, wo dies bereits umgesetzt wurde und geht darauf ein, wie die Umsetzung erfolgt. Er geht auf die einzelnen Beschlusspunkte ein und benennt mit einer Änderung des Einreichers als neuen Termin der Einführung das Jahr 2020.

Herr Stadtrat Zschocke (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) pflichtet dem Antrag bei und schlägt die Erhebung von Pfand vor.

Beschluss BA-033/2018

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung

1. gemeinsam mit lokalen Akteuren und Interessensvertretungen des Einzelhandels, der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und mit Umweltverbänden, ein Konzept für ein Mehrwegbechersystem – sowohl unter Betrachtung eines Pfand- und flexiblen Rückgabesystems als auch einer wiederverwendbaren Mehrwegvariante mit Bonussystem – für Chemnitz zu entwickeln, um die Verwendung von Einwegbechern zu reduzieren,
2. dieses Konzept dahingehend zu prüfen, als Teil der Kommunikationskampagne(n) der Stadt aufzunehmen,
3. dieses im Planung-, Bau- und Umweltausschuss sowie Betriebsausschuss zur Vorberatung vorzulegen und den Stadtrat über eine Einführung ab 2020 abstimmen zu lassen.

Weiterhin bittet der Stadtrat die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, sich

4. auf Bundesebene für die einheitliche Einführung eines entsprechenden Systems einzusetzen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

- 9.6 Steigerung der Attraktivität von Chemnitz-Pass und Chemnitz-Pass K
Vorlage: BA-035/2018 Einreicher: Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion,
Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Beschlussantrag eingebracht wurde, da 31.000 Chemnitzer Chemnitzpass berechtigt und über 80 % davon Hartz-IV-Empfänger sind. Er geht in seinen Ausführungen auf den Regelbedarf ein und führt aus, dass der Beschlussantrag verschiedene Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Chemnitzpasses vorsieht. Er erinnert, dass es den Chemnitzpass seit 2002 gibt und lediglich ca. 3.900 der Berechtigten im Besitz des Passes sind. Er geht insbesondere auf den Punkt 3 des Beschlussantrages ein und bittet die Verwaltung das vorgeschlagene Verfahren zu prüfen.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass seine Fraktion den Beschlussantrag ablehnen wird, da dieser schwierig durchzuführen ist und letztendlich lediglich die Verwaltungsarbeit optimieren soll. Er geht auf die einzelnen Punkte des Beschlussantrages ein und sagt, dass sich der bisherige Chemnitzpass bereits sehen lassen kann. Er stellt fest, dass die Nutzung des Chemnitzpass seit 2011 immer geringer wird. Die Frage sei aber, ob mit den vorgeschlagenen Mitteln diesem entgegnet werden kann. Auch sollte darüber nachgedacht werden, ob ggf. Leistungen aus dem Chemnitzpass in andere Leistungsbereiche übertragen werden können. Zur Öffentlichkeitsarbeit hätte er vom Einreicher gern Beispiele für eine Optimierung benannt bekommen. Abschließend sagt er, dass den rückläufigen Zahlen begegnet werden müsse, allerdings sei dieser Antrag dafür nicht geeignet.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) kritisiert, dass das Merkblatt, welches der Stellungnahme der Verwaltung beigelegt ist, seit Jahren nicht überarbeitet wurde, da verschiedene dort aufgeführte Angebote schon lange nicht mehr bestehen. Er möchte wissen, wer dieses Merkblatt pflegt und hofft, dass dieses nicht mehr ausgegeben wird.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) gibt zu Bedenken, dass an den Chemnitzpass K die höheren Zuwendungen für Kinder- und Jugendholungsfreizeitmaßnahmen gebunden sind.

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) beantragt Abbruch der Debatte.

Da keine Redebeiträge mehr vorliegen, erfolgt über den Geschäftsordnungsantrag keine Abstimmung.

Beschluss BA-035/2018

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. die Gültigkeit des Chemnitzpasses/Chemnitzpasses K auf ein Jahr zu verlängern;
2. zu prüfen, ob Vergünstigungen, die für den Bezieherkreis von Chemnitz-Pass und Chemnitz-Pass K an anderer Stelle gewährt werden, als Leistung des Chemnitz-Pass und Chemnitz-Pass K aufgenommen werden können sowie weitere Vergünstigungen zu schaffen;

3. die Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit im sozialen Bereich tätigen Vereinen und Initiativen weiter auszubauen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, von Vereinen und Initiativen sowie den Familienzentren anzuhalten, auf die Leistungen des Chemnitzpass/Chemnitzpass K verstärkt aufmerksam zu machen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(32 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

- 9.7 Handknochenmessung umA
Vorlage: BA-036/2018 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
-

Der Beschlussantrag wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 9.8 Durchführung von Open-Air-Veranstaltungen durch die Städtischen Theater Chemnitz gGmbH
Vorlage: BA-037/2018 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass sich die Open-Air-Veranstaltungen in den letzten Jahren sehr großer Beliebtheit erfreut haben. Um diese in den nächsten Jahren wieder stattfinden zu lassen, sollen durch den Beschlussantrag die Städtischen Theater befähigt werden, diese durchzuführen. Dafür soll ein für diese Veranstaltungen gesondertes Konzept erarbeitet werden.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meint, dass dieser Beschlussantrag gerade heute eine richtige Antwort auf die aktuellen Ereignisse ist.

Beschluss BA-037/2018

Der Stadtrat setzt sich für die Weiterführung der Open-Air-Veranstaltung der Städtischen Theater auf dem Theaterplatz ein.

Daher wird die Stadtverwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Städtischen Theater gGmbH zur Weiterführung der Open-Air-Veranstaltungen ein Konzept sowie einen Kostenplan vorzulegen. Dieses soll Kooperationen zwischen den Städtischen Theatern und der C³ gGmbH sowie Synergien mit weiteren Akteuren des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens von Chemnitz aufzeigen.

Im Kostenplan sollen die zusätzlichen Kosten je Veranstaltung für die Städtischen Theater Chemnitz gGmbH aufgeschlüsselt und entsprechende Deckungsvorschläge dargestellt werden.

Das Konzept und der Kostenplan sollen dem Stadtrat spätestens im Oktober 2018 vorgelegt werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

- 9.9 Wildtierauffangstation für Chemnitz
Vorlage: BA-038/2018 Einreicher: Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion,
Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen
-

Zum Beschlussantrag wurden eine Stellungnahme der Verwaltung sowie eine Änderung des Einreichers ausgereicht.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) begründet die Notwendigkeit des Beschlussantrages damit, dass dringende Bedarf für eine Wildtierauffangstation besteht und Sachsen in Sachen Tierschutz sehr weit zurückliegt. Die Einreicher hoffen, dass das Angebot des Tierheimes nicht nur akzeptiert wird, sondern deren zusätzlichen Aufwendungen über den Haushalt der Stadt erstattet werden. Der in geänderter Fassung vorliegende Beschlussantrag sei die kleinste gemeinsame Basis zwischen dem Ansinnen des Tierschutzes und der Verwaltung.

Herr Stadtrat Tannenhauer (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont ergänzend, dass dieser Antrag nur ein erster Schritt sein könne und letztendliches Ziel eine vollwertige Tierauffangstation in Chemnitz sein müsse.

Beschluss BA-038/2018

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Auswirkungen der in diesem Jahr erscheinenden Broschüre mit dem Arbeitstitel "Tiere in Chemnitz", in der zum Umgang mit Wildtieren informiert wird, bis Ende Juni des Jahres 2020 zu evaluieren und dies in geeigneter Form dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben. Neben Art und Anzahl der aufgefundenen Wildtiere soll hierbei auch dargestellt werden, wie diese im weiteren Verlauf in welchen Einrichtungen versorgt wurden und welche Kosten hierfür angefallen sind.

Des Weiteren wird die Stadtverwaltung beauftragt ein Handlungskonzept zu erstellen und dem Stadtrat bis Ende 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen, wie auf Grundlage der Evaluierung zukünftig mit gefundenen Wildtieren umgegangen werden soll.

Hierbei sind folgende Schwerpunkte zu betrachten sowie die damit im Zusammenhang stehenden Kosten darzustellen:

1. Übernahme der Aufgaben durch bestehende Einrichtungen
2. Erweiterung bestehender Einrichtungen um eigenständige Bereiche zur Versorgung von Wildtieren
3. Errichtung einer eigenständigen Wildtierauffangstation
4. Kooperationsmöglichkeiten mit umliegenden Landkreisen

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

-
- 10 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte
-

Herr Stadtrat Zschocke (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, warum die Einführung der Mindestrente so lange dauert.

- 11 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) und Herr Stadtrat Bauer (SPD-Fraktion) bestätigt.

17.09.2018 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

17.09.2018 *S. Kempe*
Datum Solveig Kempe
Mitglied
des Stadtrates

24.09.2018 *Bauer*
Datum Eckehard Bauer
Mitglied
des Stadtrates

14.09.2018 *Seidel*
Datum Ramona Seidel
Schriftführerin